

Landkreis Vorpommern-Rügen

4. Wahlperiode

Antrag

Einreicher:
Kreistagsfraktion CDU+, BfS/FDP/VR+

Vorlagen Nr.:
A/4/0065

Status: öffentlich

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungstermin
Kreistag Vorpommern-Rügen	Entscheidung	19.05.2025

Antrag der Kreistagsfraktionen CDU+, BfS/FDP/VR+: "Appell an die Landesregierung zur gerechten Finanzierung der kostenfreien Kita in Mecklenburg-Vorpommern"

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen appelliert an die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns, die Finanzierung der beitragsfreien Kindertagesförderung nachhaltig und gerecht zu gestalten. Dabei ist sicherzustellen, dass die stetig steigenden Kosten insbesondere durch Personal-, Energie- und Sachkosten nicht weiter zu Lasten der kommunalen Ebene gehen.

Der Landrat wird beauftragt, sich bei der Landesregierung für folgende Punkte einzusetzen:

1. Der Landesanteil an der Finanzierung der Kindertagesförderung muss kurzfristig noch weiter erhöht werden.
2. Eine strukturelle Überarbeitung des Finanzierungssystems mit dem Ziel der Kostenstabilität und Effizienz muss initiiert werden.
3. Die Kommunen müssen dauerhaft und nachhaltig entlastet werden, um die kommunale Handlungsfähigkeit zu erhalten.
4. Es muss sichergestellt werden, dass die vom Land eingeführte Beitragsfreiheit nicht zu einer Haushaltsüberlastung der Landkreise und Gemeinden führt.

Begründung:

Seit der Einführung der landesweiten Beitragsfreiheit in den Kitas im Jahr 2020 sind die Gesamtkosten der Kindertagesförderung in Mecklenburg-Vorpommern erheblich gestiegen. Im Jahr 2024 belaufen sich diese auf rund 923 Mio. Euro, wobei der kommunale Anteil - aufgeteilt auf Landkreise und Gemeinden - über 420 Mio. Euro beträgt. Diese stetig steigende Belastung bringt die kommunalen Haushalte an ihre Grenzen.

Ursächlich dafür sind unter anderem stark gestiegene Tarif- und Personalkosten, deutlich erhöhte Energie- und Betriebskosten, eine kontinuierlich wachsende Anzahl von betreuten Kindern und Kitaplätzen.

Während die Zielsetzung der beitragsfreien Kita grundsätzlich unterstützt wird, ist die Kostenentwicklung für die kommunale Ebene zunehmend nicht mehr leistbar. Die vom Land vorgegebene Beitragsfreiheit wird vor Ort umgesetzt - ohne dass Landkreise und Gemeinden

ausreichende finanzielle Kompensation für die massiv steigenden Betriebskosten erhalten.

Ein besonders drastisches Beispiel liefert die Stadt Grimmen: Dort haben sich die Kosten für Kita und Hort seit 2020 verdreifacht. Grund dafür ist unter anderem eine Gesetzesänderung, durch die die Deckelung bei den Hort- und Kita-Kosten aufgehoben wurde.

In internen Beratungen wurde außerdem deutlich, dass das derzeitige Finanzierungssystem keine ausreichenden Steuerungsmechanismen für Kosteneffizienz bietet. So wurde unter anderem kritisch angemerkt, dass soziale Träger bei der Mittelbeantragung wenig Anreize für wirtschaftliches Handeln haben, da Fehlbedarfe in der Regel durch öffentliche Mittel gedeckt werden. Damit wächst der finanzielle Druck auf die kommunalen Träger, ohne dass diese ausreichend Einfluss auf die Kostenentwicklung nehmen können.

Vor diesem Hintergrund ist dringend erforderlich, dass das Land seiner Verantwortung in der Finanzierung der beitragsfreien Kita in vollem Umfang nachkommt und sowohl kurzfristige Entlastungen als auch eine strukturierte Weiterentwicklung des Finanzierungssystems auf den Weg bringt. Die kommunalen Haushalte dürfen durch diese zentrale sozialpolitische Maßnahme nicht weiter einseitig belastet werden.

gez. Benjamin Heinke
Fraktionsvorsitzender
Kreistagsfraktion CDU+